



Verschärft wird die Lage in der Bremesgasse derzeit durch die Arbeiten im Rahmen des Glasfaserausbaus, die eine Nutzung des linken Gehwegs teilweise unmöglich machen.



So wie diese beiden Senioren sind auch die Kinder auf dem Weg zur Gründauschule oft gezwungen, auf die Fahrbahn auszuweichen.

FOTOS: AXEL HÄSLER

„Gezwungen, auf Fahrbahn zu laufen“

Offener Brief an Politik: Eltern und Leitung der Gründauschule für breiteren Gehweg in Bremesgasse

VON LARS-ERIK GERTH

Langensfeld – Dass der Schulweg zur Gründauschule in der bisweilen sehr engen Bremesgasse für die Kinder nicht unproblematisch ist, ist kein neues Thema. Rektorin Lonie Linneberger-Ludwig erinnert sich im Gespräch mit unserer Zeitung daran, dass die Bremesgasse deshalb vor rund zehn Jahren zu einer Einbahnstraße aus Richtung Steinweg umgewidmet wurde. „Dennoch blieben Gefahrenstellen für die Schulkinder, denn in gewissen Abschnitten der Bremesgasse ist der Gehweg sehr schmal“, so Linneberger-Ludwig.

Initiative, sich an die Politik zu wenden, kam von den Eltern

Entsprechend habe sie die Initiative des neuen Schulleiterbeirats begrüßt, die Selbolder Politik in Form eines Offenen Briefes noch einmal auf die Problematik hinzuweisen und um Abhilfe in Form einer Verbreiterung des Gehwegs an der betreffenden

Stelle zu bitten. Der Offene Brief, der sowohl von Lonie Linneberger-Ludwig als auch von der Elternbeiratsvorsitzenden Ivonne Schulz unterschrieben ist, ging Ende Januar an die fünf im Stadtparlament vertretenen Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, Freien Wählern und FDP.

In diesem Schreiben, das der Redaktion vorliegt, weisen Schulleitung und Elternbeirat auf eine besonders gefährliche Stelle am Anfang der Bremesgasse hin. Hier sei der Gehweg auf der linken Seite (in Fahrtrichtung zur Schule) durch ein in den Gehweg ragendes Gebäude „komplett blockiert“ und werde gleichzeitig auf der rechten Seite der Gehweg sehr schmal und oft durch parkende Fahrzeuge eingeengt. So würden die Kinder in diesem Bereich häufig dazu gezwungen, auf der Fahrbahn zu laufen, was auch schon öfters zu gefährlichen Situationen geführt habe.

„Insbesondere, wenn Fahrzeuge mit Schwung aus dem Steinweg um die Ecke kommen und sich gerade Kinder auf der Fahrbahn befinden“,



An dieser Stelle der Bremesgasse kann auf der linken Seite in Fahrtrichtung Gründauschule wohl kaum von einem nutzbaren Gehweg die Rede sein.

wie es im Offenen Brief an die Fraktionen im Stadtparlament wörtlich heißt. Noch weiter erschwert wird der Schulweg zurzeit durch die Arbeiten im Rahmen des Glasfaserausbaus. Diese führen dazu, dass der Gehweg auf der linken Seite teilweise

gar nicht benutzt werden kann.

Schulleitung und Elternbeirat weisen auch in einer kürzlich herausgegebenen Pressemitteilung auf eine Möglichkeit hin, wie insbesondere die Gefahrenstelle am Anfang der Bremesgasse ent-

schärft werden könnte. Dort könne man den Gehweg auf der linken Seite in einem kurzen Abschnitt verbreitern und gleichzeitig in diesem Abschnitt auf der rechten Seite ein Halteverbot einrichten, „sodass weiterhin genügend Platz für den fließenden Verkehr vorhanden wäre“.

Die Fraktionen im Stadtparlament bitten sie in ihrem Offenen Brief, „eine Entschärfung dieser Gefahrenstelle zu beschließen und im nächsten Haushaltsplan hierfür konkret Mittel zur Verfügung zu stellen“.

In ihrem Schreiben weisen Schulleitung und Stadtbeirat auch auf einen Ortstermin hin, der Ende 2020 stattgefunden habe. Damals seien in der Bremesgasse interessierte Eltern und Mitarbeiter des Ordnungsamts zusammengekommen und hätten über die erwähnte Möglichkeit der Entschärfung durch Verbreiterung des linken Gehwegs und Errichtung eines Halteverbots auf der rechten Straßenseite gesprochen. In die Tat umgesetzt worden sei bis heute jedoch noch nichts.

Auf Nachfrage unserer Zeitung erklärte Erster Stadtrat Benjamin Schaaf (parteilos) am Montag, dass er Kenntnis von dem Offenen Brief habe, auch wenn dieser nicht an den Magistrat, sondern an die Fraktionen gegangen sei. Er werde, so Schaaf, die Situation in der Bremesgasse gemeinsam mit dem Ordnungsamt und dem Bauamt als zuständigem Straßenbaulastträger prüfen lassen. Dabei soll es auch um mögliche Lösungsansätze gehen. „Sicher ist dabei, dass eine Verbreiterung des Gehwegs auf der einen Straßenseite nur mit einem Park- und Halteverbot auf der anderen Seite einhergehen kann, da die Fahrbahn an der von Schulleitung und Elternbeirat genannten Stelle sehr schmal ist“, bestätigte Schaaf die diesbezügliche Einschätzung von Schule und Eltern.

Der Erste Stadtrat ist zuversichtlich, dass er Stadtverordnete und Öffentlichkeit bereits in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments am Montag, 27. März, über die Ergebnisse der Prüfung werden informieren können.